

Meinungen

Kommentar

Zürichs neue Polizeichefin ist nun gefordert

Nach der Attacke auf Rettungskräfte im Einsatz muss die Politik reagieren.

Über zwei Jahre lang haben Experten und Politiker über Gewalt gegen Polizisten diskutiert. Im Februar 2016 hatte der damalige Sicherheitsvorsteher Richard Wolff (AL) eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, um des Problems Herr zu werden. Sie trug den Namen Pius, Polizeiarbeit in urbanen Spannungsfeldern.

Auslöser war eine Häufung gezielter Angriffe auf die Polizei. Die Massnahmen präsentierte Wolff im vergangenen April: Bodycams für Polizisten, temporäre Videokameras und Dialogteams bei Grossveranstaltungen.



Stefan Hohler
Polizeireporter

Gebracht hat das bisher wenig, wie der jüngste Vorfall zeigt. Noch immer üben Fussballfans, Links-extreme oder das Partyvolk massive Gewalt gegen Sicherheitskräfte aus. Sie werfen Flaschen und Steine

gegen Einsatzkräfte und nehmen in Kauf, dass sich diese schwer verletzen. Sie schrecken nicht einmal davor zurück, wenn jemand in Lebensgefahr dringend Hilfe braucht.

Die Sanität war am vergangenen Samstag ans Bellevue gerufen worden, weil bei einer Auseinandersetzung ein staatenloser Mann durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt wurde und zwei Kollegen aus Libyen und Syrien leichte Verletzungen erlitten. Das Zusammentreffen von Polizei und mutmasslichen FCZ-Fans war also rein zufällig, und Letztere nutzten die Gelegenheit, die Beamten anzugreifen.

Mit dem Angriff auf Sanitäter, die sich um Verletzte kümmern, habe die Gewalteskalation eine neue Stufe erreicht, sagt die Polizei. Nun ist ihre neue Vorsteherin, die grüne Stadträtin Karin Rykart, gefordert. In Bezug auf die Gewalt gegen die Polizei hat sie bisher nichts unternommen. Im Gegenteil: Bodycams – eine der mit Pius erarbeiteten Massnahmen – stellte sie jüngst infrage und will sie überprüfen. Dabei täte sie gut daran, nicht wieder jahrelang zu diskutieren. Stattdessen muss sie nun schnellstens Lösungsansätze bringen.

Zügig fertig verhandeln

Ein EU-Rahmenabkommen ist als Absicherung des Schweizer Wirtschaftsmodells notwendig.

Verlangt die EU eine Lockerung der flankierenden Massnahmen, mit denen die Schweiz ihren Markt gegen ausländische Konkurrenz abschirmt, steht dies verständlicherweise den Interessen der Gewerkschaften entgegen. Auch andere Gruppierungen sehen ihre Erwartungen nicht erfüllt. Deswegen aber medienwirksam das innenpolitische Gespräch zu verweigern oder voreilig den Abbruch der Verhandlungen zu fordern, bevor das Gesamtpaket bekannt ist, dient der Sache nicht. Nicht nur wird so die Verhandlungsposition gegenüber der EU geschwächt, das Ansinnen bricht auch mit unserer Konsenskultur, die eine unserer herausragenden Standortqualitäten ist. Es nimmt Parlament, Parteien, Verbänden und schliesslich wohl den Stimmbürgern die Möglichkeit, in demokratischer Weise über das Gesamtpaket zu entscheiden.

Über zwei Millionen Personen überqueren täglich die Grenze zu einem EU-Nachbarland. Viele Schweizer Unternehmen arbeiten international; mehr als die Hälfte ihrer Güter setzen sie mit der EU um. Die bilateralen Abkommen, die diese enge Verflechtung absichern, schützen Wohlstand

und Jobsicherheit in der Schweiz. Nur sind diese Abkommen in die Jahre gekommen. Ein ausgewogenes Rahmenabkommen kann gewährleisten, dass sie à jour bleiben und damit auch der Marktzugang funktioniert. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Rahmenabkommen eine breite Palette von Ansprüchen abdecken soll. Verhandlungen darüber erfordern ein Geben und Nehmen. Ob das Abkommen als Ganzes ausgewogen ist, lässt sich erst sehen, wenn es ausgehandelt ist. Auch wenn einzelne Gruppen ihr Anliegen nicht voll erfüllt sehen, könnte das Ganze dennoch einen befriedigenden Kompromiss darstellen.

Stillstand im bilateralen Verhältnis ist Rückschritt. Noch schlimmer wäre eine ungeordnete Eskalation mit weiteren gegenseitigen Nadelstichen und Verlust an Rechtssicherheit. Der Bundesrat soll nun das Rahmenabkommen zügig fertig verhandeln und es dann der Öffentlichkeit vorlegen. Alles andere gefährdet mutwillig die bilaterale Absicherung unseres erfolgreichen Wirtschaftsmodells.

Jacques Beglinger
Mitglied der Geschäftsleitung von Swissholdings

Von Abschaum, Hunden und Hydranten

Der US-Präsident beschimpft eine schwarze Ex-Mitarbeiterin, eine junge Frau keilt zurück gegen weisse Rassisten. Ist beides Rassismus?

«That Dog», «diese Hündin»: Die Beleidigung hat es letzthin zum Topthema gebracht. Sie steht in einem Tweet des US-Präsidenten, in dem er seine ehemalige Mitarbeiterin Omarosa Oonee Manigault-Newman heruntermacht, eine Schwarze. Sie sei «Abschaum», «verrückt», «bösaartig, aber nicht smart»: Trump kann seine Wut über Manigault, die jüngst ein unschmeichelhaftes Buch über ihre Zeit im Weissen Haus veröffentlichte, kaum zügeln. Nun philosophiert alle Welt, ob damit endgültig der Beweis für Trumps Rassismus und Frauenfeindlichkeit erbracht sei.

Aber wie diagnostiziert man das zweifelsfrei? Kann die Regel gelten: An ihren Tweets sollt ihr sie erkennen? Auch darüber streitet man derzeit heftig: Denn die «New York Times» hat eine Autorin an Bord geholt, die perfekt ins «Diversity»-Profil passt, aber nicht nur über pinke Haare, eine Geburt in Südkorea, den Jahrgang 1988 und einen Abschluss der Harvard Law School verfügt, sondern über einen arg schnellen Twitterdaumen. Sobald Sarah Jeongs Anstellung bekannt wurde, gruben rechte Kreise problematische Tweets von ihr aus, datiert zwischen 2013 und 2015.

Etwa: «Weisse haben aufgehört, sich fortzupflanzen. Bald werden ihr ausgestorben sein. Das war von Anfang an mein Plan.» Oder: «Es ist irgendwie krank, wie viel Freude ich daran habe, grausam zu alten, weissen Männern zu sein.» Jeong verbreitete den Hashtag «Cancel White People», verglich sie mit – Hunden! «Dumpfbackige Scheiss-Weisse markieren im Internet mit ihren Meinungen herum wie Hunde, die auf Feuerhydranten pissen.»

Da wurde von rechts die «Reverse Racism»-Keule ausgepackt, die Klage,



Donald Trump entliess Omarosa Manigault (r.) im Dezember 2017. Foto: Reuters

dass mittlerweile die Weissen diskriminiert werden, und Jeongs Entlassung gefordert. Man warf der Zeitung Doppelmoral vor, zumal sie von der Anstellung einer anderen Frau wegen deren gay-feindlichen Tweets absah. Aber sie behält ihre neue Redaktorin, die versiert ist in Sachen Internetkultur und Rechtsverletzungen im Netz. 2015 verfasste Jeong über Belästigung im Netz das Buch «The Internet of Garbage» («Das Internet des Mülls»), berichtete auch von krassen eigenen Erfahrungen. Für die alten Tweets hat sie sich entschuldigt. Sie seien eine Parodie brutaler Tweet-Angriffe auf ihre Person, seien Satire und Gegen-Trolling: ein fehlgeschlagener Scherz mit den Waffen der Angreifer.

Rassistisch sind immer die anderen? So einfach ist es nicht. Es ist nicht das Gleiche, ob die Repräsentanten der – nun mal weissen, männlichen – Macht von unten her angegriffen werden, mit den Mitteln eines auch

kruden Witzes und der überdrehten Beleidigung. Oder ob eben diese Herren von oben herab Minderheiten demütigen, am Fortkommen hindern.

Der mächtigste Mann der Welt kann nicht eine frühere Mitarbeiterin, eine schwarze Frau, in Grund und Boden stampfen. Zudem fanden Trumps ins Rassistische und Misogynie lappenden, komplett ironiefreien Ausfälle über die Jahre ja keineswegs nur im Spontanmedium Twitter statt.

Sarah Jeong dagegen war eine sehr junge Frau, als man ihr im Netz etwa gedroht hatte, man werde ihr die lesbische Presse polieren – worauf sie rüd-satirisch reagiert hatte, in nur scheinbar gleichem Ton; im gleichen flotten Medium. Sie hats seit Jahren nicht mehr getan. Liebe «New York Times»: Gute Wahl!

Alexandra Kedves
Redaktorin Kultur und Gesellschaft

Die Faschisten vor der Tür

Die Wahl des EU-Parlaments im Mai 2019 könnte den Rechtspopulisten grosse Erfolge bringen. Für ganz Europa würde das katastrophale Folgen haben.

Endlich! Es hat lange gedauert, bis in den Herzen und Köpfen der kontinentalen Intelligenz schliesslich wegen der Erschütterungen der europäischen Politik die Alarmglocken geläutet haben. Dabei attackieren einige Länder aus dem Osten – allen voran Viktor Orbáns Ungarn – schon seit Jahren die fundamentalen Werte der Europäischen Union, vom Schutz der politischen Freiheit bis zum Rechtsstaat. Und das auch noch mit der Forderung, die gesamte Union im Stile einer «illiberalen Demokratie» umzubauen. Ein politischer Widerspruch in sich, hinter dem sich die Rückkehr einer der blutigsten und verheerendsten Bestien der jüngeren Geschichte Europas versteckt: des Faschismus.

Es ist die Wahl des EU-Parlaments im Mai 2019, die den dringenden Appell ausgelöst hat. Denn diese Wahl könnte für die Zukunft Europas katastrophale Folgen haben. Ein Erfolg der national-souveränen Bewegungen würde nicht nur das Ende des gemeinsamen – wenn auch unsicheren – Weges bedeuten. Es wäre auch ein Rückschritt zu einem von Konflikten bela-

denen Modell zwischenstaatlicher Beziehungen, das Europa in die Zeiten jenes uralten Fluches zurückversetzt, die Carl von Clausewitz in seinem berühmten Aphorismus treffend erklärte: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Damit der Weckruf der beunruhigten Experten nicht verhallt, muss er zum Kampfruf für jene politischen Organisationen werden, die ihre Wurzeln in der Demokratie und im Rechtsstaat haben. Die Faschisten stehen praktisch vor der Tür. Man darf sich nicht mehr damit aufhalten, die Unterschiede zwischen Sozialisten, Liberalen und Volksparteien hervorzuheben.

Einmal mehr liegt der Dreh- und Angelpunkt in Deutschland. Dort kursiert das Gerücht, Angela Merkel erwäge eine Kandidatur für die Präsidentschaft der EU-Kommission – die sicherlich viel Rückhalt bekäme, da Merkel ja schon jetzt eine Koalition zwischen den beiden stärksten politischen Familien Europas anführt: die christlichen Volksparteien und die Sozialdemokraten.

Doch wird die Kanzlerin die Kraft haben, sich mit vollem Einsatz der europäischen Sache zu widmen? Wird sie dem Block der Nationalisten Kontra bieten? Auf jeden Fall dürfte Merkel sich nicht dazu verleiten lassen, die populistischen Rechte ausbremsen zu wollen, indem sie sich auf deren Niveau begibt – wie es ihre bayerischen Verbündeten gerne tun. Nicht weniger dringend ist der Ausschluss von Orbáns Partei aus der Europäischen Volkspartei, dem Verband der konservativen Parteien. Sollten sie das nicht schaffen, würden die moderaten Deutschen nicht nur denselben tragischen Fehler begehen wie damals von Papen, der den Aufstieg Hitlers unterstützte. Sie würden auch Europa jegliche Hoffnung nehmen, sich noch vor dem drohenden Nationalfaschismus retten zu können.

Massimo Riva
Kommentator von «La Repubblica», Rom

Aus dem Italienischen übersetzt von Bettina Schneider